

Es informiert Sie	Herbert Auer
Telefon (0202)	563 6633
Fax (0202)	563 6263
E-Mail	herbert.auer@stadt.wuppertal.de
Datum	25.07.12

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit (SI/6233/08) am 27.02.2008

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Wilfried Josef Klein,

von der CDU-Fraktion

Herr Fabian Bleck, Frau Ute Mindt (Vertretung für Herrn Jürgen Heinemann) Herr Günter Pott, Herr Rainer Spiecker, Frau Andrea Winterhager,

von der SPD-Fraktion

Herr Karlheinz Emmert, Herr Thomas Kring, Herr Wilfried Michaelis (bis 17.10 Uhr), Herr Detlef-Roderich Roß,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Gerta Siller,

von der FDP-Fraktion

Herr Manfred Todtenhausen,

als fraktionsloses Mitglied

Herr Christoph Grüneberg,

berat. Arbeitnehmervertreter

Herr Martin Bröcker, Herr Uwe Meyer, Herr Reinhard Steins,

als sachkundige Einwohner/in

Herr Guido Blass, Herr Werner Kaus (Vertretung für Herrn Michael Klein),

von der Verwaltung

Frau Sibylle Ackermann, Herr Siegfried Brütsch, Herr Michael Drecker, Frau Anja Hag, Herr Dr. Werner Henning, Herr Ralf Loewen, Herr Michael Mehler (Vertretung für Herrn Joachim Rubert), Herr Dr. Johannes Slawig,

vom Personalrat

Herr Jörg Beier,

als Gast

Herr Wolfgang Schulze, Herr Ulrich Engelhardt

Nicht anwesend sind:

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Christian Jageregger,

als sachkundige Einwohner/in

Herr Michael Klein (Vertretung durch Herrn Werner Kaus),

von der Verwaltung

Herr Beig. Harald Bayer, Herr Joachim Rubert (Vertretung durch Herrn Michael Mehler),

Schriftführer:

Werner Fischer

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 **Finanzwirtschaftlicher Zwischenbericht des ESW für das 4. Quartal 2007** **Vorlage: VO/0129/08**

Die Sprecher der Fraktionen loben Herrn Drecker für den nach dem Zwischenbericht erzielten Jahresgewinn und bitten den Dank an die Mitarbeiter/-innen des ESW für das positive Jahresergebnis weiterzuleiten.

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Spiecker – erläutert Herr Drecker die Position des Winterdienstbedarfs und beantwortet weitere Nachfragen von Herrn Stv. Pott zur Position „Abgeltung öffentlicher Interessen“ sowie Frau Stv. Siller und Herrn Stv. Todtenhausen zu Lagerbestand und Streugutverbrauch.

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 27.02.2008:

Die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie die Abwicklung des Vermögensplanes für das Jahr 2007 werden ohne Beschluss entgegen genommen.

2 **Tätigkeitsbericht der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der Situation auf öffentlichen Straßen und Plätzen 2004 - 2007** **Vorlage: VO/0032/08**

Die Sprecher der Fraktionen danken Frau Ackermann und den Beteiligten für die Darstellung im Tätigkeitsbericht.

Der von Frau Stv. Siller für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter Hinweis auf Seite 43 des Berichtes unterstützte Wunsch Jugendlicher nach mehr Streetworker-Personal in Vohwinkel ist aus Sicht von Frau Ackermann fachlich angebracht, aber aufgrund der Haushaltslage in absehbarer Zeit nicht realisierbar.

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 27.02.2008:

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

3 **Änderung der Straßenordnung** **Vorlage: VO/0115/08**

Der vorgelegte Satzungsentwurf findet Zustimmung bei den Sprechern der Fraktionen. Herren Stv. Spiecker, Emmert und Todtenhausen halten bei Bedarf die Ausweisung entsprechender Alkoholverbote auf öffentlichen Wegen und Plätzen bzw. Grünflächen für wünschenswert, in Anbetracht der Rechtslage aber nicht für realisierbar. Frau Stv. Siller befürchtet Abgrenzungsprobleme und bittet insoweit das Ordnungsamt um sorgfältigen Umgang mit den sich aus der Verschärfung der Straßenordnung ergebenden Maßnahmen.

Herr Loewen verdeutlicht für die Verwaltung, dass entgegen zahlreichen Presseveröffentlichungen die Rechtsprechung einen räumlich und zeitlich eng definierten Rahmen (Raum, Tageszeiten, Befristung) mit nachgewiesenem Zusammenhang von Alkoholkonsum zu Ordnungswidrigkeiten/Straftaten voraussetze. Generelle Regelungen z.B. im Rahmen einer Straßenordnung hätten rechtlich keinen Bestand. Künftige Änderungen der Satzung im Rahmen von Nachbesserungen schließt Herr Loewen nicht aus. Unabhängig davon greife das Ordnungsamt auch heute schon dort ein, wo Handlungsbedarf gegeben

scheint.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden beauftragt der Ausschuss die Verwaltung bei Enthaltung von Frau Stv. Siller, die einen derartigen Ansatz nicht für praktikabel hält, zu prüfen, ob es in Wuppertal einzelne andere Örtlichkeiten gibt, bei denen eine Häufung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit Alkoholkonsum nachgewiesen werden kann und ob die übrigen Voraussetzungen, die die Rechtsprechung an derartige Verbote richtet, erfüllt sein könnten.

Herr Stv. Spiecker bittet die Verwaltung außerdem, dem Ausschuss bei Gelegenheit einen Bericht über die Ergebnisse der Maßnahmen nach Änderung der Straßenordnung zu geben.

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 27.02.2008:

Die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Änderung der „Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen der Stadt Wuppertal (Straßenordnung)“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

4 Sachstandsbericht Feuerwehrleitstelle Solingen-Wuppertal (Februar 2008) Vorlage: VO/0062/08

Laut Herrn Brütsch ist es nach Erstellung der Vorlage zu zwei weiteren berichtenswerten Ereignissen gekommen. Bei einem Vorfall sei ein über die Solinger Notrufleitung eingegangener Handyanruf fälschlicherweise einem Einsatzort in Solingen statt in Wuppertal zugeordnet worden. Der Einsatz sei dann zwar verspätet aber ohne weitere Probleme abgelaufen.

Weiter kam es im Rahmen eines Softwareupdates am 19.02.08 nach mehrwöchigem störungsfreiem Betrieb der technischen Einrichtungen erstmals wieder zu Systemstörungen. Die Mängelbeseitigung ist bis Ende Februar 2008 geplant – dann allerdings auf einem besseren Stand als Mitte Dezember. Insofern zieht Herr Brütsch das Resümee, dass der Normalbetrieb nunmehr erreicht ist.

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Emmert wegen eines Beitritts der Stadt Remscheid berichtet Herr StD Dr. Slawig, dass der Auftrag zur Wirtschaftlichkeitsberechnung noch nicht erteilt sei. Gemeinsam mit seinem Solinger Kollegen habe er die Stadt Remscheid gebeten zu bestätigen, dass die Remscheider Stadtverwaltung den dortigen Ratsgremien die Beteiligung an der Gemeinsamen Leitstelle empfehlen werde, falls die Untersuchung wirtschaftliche Vorteile für die Stadt Remscheid nachweisen werde. Diese Anfrage sei noch nicht beantwortet. Vorher werde keine Auftragsvergabe an die externe Beratergesellschaft erfolgen, auch wenn die Inhalte des Auftrages inzwischen mit allen drei beteiligten Verwaltungen abgestimmt sind.

Die Frage von Herrn Stv. Pott nach Hintergründen für die in Kapitel 4.3 der Vorlage geschilderten Differenzen beantwortet Herr Brütsch damit, dass in der Startphase der Zusammenarbeit die Technik im Vordergrund stand. Erst jetzt stehen die sonstigen Unterschiede in der Einsatzbearbeitung etc. im Fokus. So sind noch gravierende Unterschiede im Alarmierungsverfahren von Berufsfeuerwehr und Freiwilliger Feuerwehr bzw. Rettungsdienst von den Disponenten aufzunehmen.

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 27.02.2008:

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

5 Unterbringung des Umweltschutzzuges - mdl. Bericht

Herr Brütsch berichtet, dass die Verhandlungen mit Bayer hinsichtlich der Möglichkeit der langfristigen Anmietung bzw. des Kaufs eines am Rand des Werksgeländes gelegenen Gebäudes laufen. Daneben haben die Planungen für die gemeinsame Unterbringung von Umweltschutzzug, Wache Bayerwerk, NEF-Station Elberfeld und Rettungswache Sonnborn in diesem Objekt begonnen. Hierzu seien umfangreiche Prüfungen (u.a. Einhaltung von Hilfsfristen und Simulationen, Kosten und Machbarkeit) unter Einbindung des GMW erforderlich. Parallel dazu werde Bayer ein Wertgutachten erstellen lassen.

Prämisse für die Überlegungen sei, dass keine Beeinträchtigung der bisherigen Kooperation mit Bayer erfolge. Der Löschzug Sonnborn sei bei den laufenden Überlegungen (noch) außen vor – dessen Integration in das Objekt werde ggf. später noch geprüft.

Herren Stv. Spiecker und Emmert begrüßen die Zusammenfassung „3. Feuer- und Rettungswache“ im Westen der Stadt und verweisen auf die Unterstützung durch die Politik. Auf Wunsch von Herrn Stv. Emmert sagt StD Dr. Slawig für die Verwaltung die Vorlage eines weiteren Berichtes mit Entscheidungsgrundlage im dritten Quartal 2008 zu. Weiterhin weist er auf den Finanzierungsvorbehalt in Bezug auf die Realisierbarkeit des Vorhabens hin.

**6 Einsatz der Werksfeuerwehr der Firma DuPont
Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE. vom 12. Februar 2008
Vorlage: VO/0140/08**

Keine weiteren Fragen.

**6.1 Einsatz der Werksfeuerwehr der Firma DuPont; Anfrage der Ratsfraktion
DIE LINKE. vom 12. Februar 2008, Antwort der Verwaltung
Vorlage: VO/0140/08/1-A**

Keine weiteren Fragen.

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 27.02.2008:

Die Antwort der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

**7 Weiterentwicklung der Arbeitsgemeinschaft Chemisches und
Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)
Vorlage: VO/0137/08**

Herr Dr. Henning erläutert die Inhalte der Vorlage, die auf der bisherigen Auftragslage basiert. Damit werde das angestrebte Ziel der Standortkonsolidierung mit Konzentration auf einen Standort in Krefeld im Jahre 2010 erreicht.

Auf Einwand von Herrn Beier, dass die wirtschaftlichen Berechnungen für den Personalrat nicht nachvollziehbar sind und überwiegend als Annahmen und

Erwartungen verstanden werden, sagt StD Dr. Slawig zu, dem Personalrat bei Bedarf weitere – soweit vorhandene – Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Nach intensiver Prüfung durch die Kämmerei sieht er in der Zusammenführung der vier Institute wirtschaftliche Vorteile in einer Größenordnung von wenigstens 2,5 Mio. für die vier Träger als realistisch an. Ein entsprechender Verteilerschlüssel werde in Kürze mit dem Land verhandelt. Von daher müsse die Fusion realisiert werden. Dem Vorschlag von Herrn Beier, eine dezentrale, vernetzte Aufstellung der Häuser in Moers und Wuppertal mit entsprechender Spezialisierung zu prüfen und damit 30 qualifizierte Arbeitsplätze in Wuppertal zu erhalten, erteilt StD Dr. Slawig mit Blick auf die bekannten wirtschaftlichen sowie Verbraucherschutzargumente eine Absage. Die Sicherung der Qualität und die wirtschaftlichen Vorteile seien nur durch einen Standort zu erreichen. Den Staus Quo zu erhalten sei auch mit Blick auf den wachsenden Konsolidierungsdruck der am CUI beteiligten Partner Remscheid und Solingen utopisch.

Herr StD Dr. Slawig und Dr. Henning beantworten weitere Nachfragen von Herren Stv. Todtenhausen, Pott und Emmert zur Sozialverträglichkeit der geplanten Standortschließung und zu Wechselbeziehungen zwischen privaten und kommunalen Untersuchungseinrichtungen. Dabei wird klargestellt, dass eine Privatisierung hoheitlicher Aufgaben nicht gewollt ist und von der Verwaltung insgesamt keine Arbeitsplatzverluste, sondern Übernahmen in die zum 01.01.09 zu gründende Anstalt öffentlichen Rechts angestrebt sind. Voraussetzung für die Arbeitsplatzsicherung im öffentlichen Dienst sei aber der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit durch Wirtschaftlichkeit. Die Vermarktung des CUI-Gebäudes solle erfolgen, sobald die Entscheidung für die Umsetzung der Konzeption gefallen sei.

Frau Stv. Siller dankt für die zügige schriftliche Beantwortung der ebenfalls als Tischvorlage ausliegenden Großen Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, wobei sie anregt, gemeinsam mit dem Personal nach befriedigenden Lösungen analog der Zusammenlegung der Volkshochschulen zu suchen und dabei insbesondere Lösungen für die niedrigeren Entgeltgruppen und Teilzeitbeschäftigte zu finden.

Zur Personalverträglichkeit der angestrebten Veränderungen in Wuppertal erläutert Dr. Henning die Antwortdrucksache VO/0177/08/1-A samt Anlage. Dabei äußert er die Hoffnung, dass weitere konstruktive Lösungen gefunden werden und verdeutlicht dies am Beispiel der Arbeitszeiten von Teilzeitkräften.

Der Vorsitzende fasst die Beratung dahingehend zusammen, dass die Tendenz erkennbar und die vorgelegten Zahlen ernüchternd seien.

Herr Goerigk (Personalrat CUI) als Gast appelliert an die Verwaltung, die aus Wuppertal bekannten flexiblen Arbeitszeitmodelle an den neuen Standort Krefeld zu übernehmen.

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 27.02.2008:

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

7.1

Chemisches Untersuchungsamt: Aufgabe des Standortes Wuppertal Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vorlage: VO/0177/08

Die Beratung erfolgte zu TOP 7.

7.2 Antwort zur Anfrage BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.02.08
Vorlage: VO/0177/08/1-A

Die Beratung erfolgte zu TOP 7.

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 27.02.2008:

Die Antworten der Verwaltung werden ohne Beschluss entgegen genommen.

8 Verschiedenes, Anfragen, Mitteilungen der Verwaltung

Keine Wortmeldungen.

Wilfried Josef Klein
Vorsitzender

Werner Fischer
Schriftführer